

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insektionspreis 10 Pf. pro dreigespaltene Corpuzzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 24.

Donnerstag, den 25. Februar

1897.

### Verbot.

Das Betreten des neuen Rathhauses ist, solange die Expeditionen noch nicht dorthin verlegt sind, Unbefugten verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Wilsdruff, 20. Februar 1897.

Bursian, Bürgermeister.

### Nutzholz-Versteigerung.

Mittwoch, den 3. März 1897, von Vormittags 11 Uhr an

sollen im Gasthose zum Sachsenhof bei Klingenberg

1. vom Naundorfer Revier — Herr Oberförster von Lindenfels —

141 buchene und 220 fichtene Stämme, 247 buchene und 37 fichtene Klöcher, 10,8 Km. buchene u. 2,6 Km. fichtene Nußscheite

und 2. vom Grillenburger Revier — Herr Oberförster Bräsel —

261 buchene und birkene Stämme, 605 buchene und birkene Klöcher, 273 buchene und birkene Derbstangen und 354 buchene, birkene, eberesche und aspene Slangenklöcher

versteigert werden.

Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schankstätten der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Oberforstmeisterei Grillenburg und Königl. Forstrentamt Charandt,

am 18. Februar 1897.

Cittmann.

Wolfframm.

### Der Stand der Reichstagsarbeiten.

Schon fast in den 4. Monat hinein dauert die Thätigkeit des Reichstages, der bekanntlich am 10. November 1896 nach Ablauf seiner langen sommerlichen Vertagung wiederum zusammengetreten war; es dürfte daher an der Zeit sein, einmal einen kritischen Blick auf den Stand seiner Arbeiten zu werfen. Da muß denn gleich von vornherein betont werden, daß das Reichsparlament in dieser verhältnismäßig langen Frist seit seinem Wiederzusammentreten gerade noch nicht allzuviel vor sich gebracht hat, wobei allerdings als „mildernder Umstand“ geltend gemacht werden kann, daß durch die Plenarverhandlungen des Hauses wiederholt durch kleinere wie größere Pausen unterbrochen wurden, während außerdem auch die umfangreiche Novelle zu den Justizgesetzen und dann der ja noch nicht erledigte Etat viel Zeit in ihrer Einzelberatung beanspruchten. Ganz und gar fertiggestellt wurde vom Reichstage bislang überhaupt nur erst eine einzige Vorlage, der noch vor den Weihnachtstagen gutgeheißene Handelsvertrag mit Nicaragua. Dagegen ist gerade eine der Hauptvorlagen des jetzigen Sessionsabschnittes, die dreitheilige Novelle zu den Reichsjustizgesetzen, gescheitert, da sich Regierung und Reichstag über die zwischen ihnen in dieser wichtigen gesetzgeberischen Frage entstandenen strittigen Punkte leider nicht zu einigen vermochten, die übrigen dem Reichstage bisher unterbreiteten Vorlagen aber sind in ihrer parlamentarischen Behandlung theilweise noch nicht besonders weit gediehen. Von ihnen ist in der Spezialberatung erledigt nur der Gesetzentwurf über die Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe, während der Etat gegenwärtig noch in diesem Stadium steht. Wenigstens in der Commission erledigt haben gefunden, die mit dem Bürgerlichen Gesetzbuche zusammenhängenden Entwürfe einer Grundbuchordnung für das deutsche Reich und eines Gesetzes über Zwangsversteigerungen und Zwangsvollstreckungen, dagegen unterliegen noch der Commissionsberatung das neue Handelsgesetzbuch, sowie die Novellen zum Reichspostdampfergesetz und zu den Unfallversicherungsgeetzen; noch gar nicht zur Erörterung gelangt ist die Vorlage über die Tilgung von Reichsschulden im laufenden Etatsjahre. Im Ubrigen wurde der Reichstag auch durch die Beratung mehrerer Initiativentwürfe in Anspruch genommen.

Es ist nicht denkbar, daß alle diese gesetzgeberischen Beratungsstoffe bis zum Beginn der parlamentarischen Osterpause in den Reichstagsarbeiten zur völligen Verabschiedung kommen sollen, zumal, da manche von ihnen in der zweiten Lesung eine ganze Reihe von Sitzungen erfordern dürften, wie das Handelsgesetzbuch und die Novelle zu den Unfallversicherungsgeetzen. Demnach wird die eine und die andere der betreffenden Materien den Reichstag auch nach Ostern noch in Anspruch nehmen, obwohl es nachher schon stark auf den Mai zugehen wird. Nun muß man aber dem gegenüber erwägen, daß gerade jenen beiden Vorlagen, welche sich zu den eigentlichen parlamentarischen Brennpunkten des im vergangenen Spätherbst eröffneten neuen Sessionsabschnittes gestalten sollen, diejenige über die Zwangsorganisation des Handwerkes und über die Reform der Militärstrafprozeßordnung überhaupt noch nicht an den Reichstag gelangt sind. Zwar hat der Staatssekretär von

Boetticher laut seiner Erwiderung auf die Interpellation Leopold die Einbringung erstgenannten Gesetzentwurfes im Parlamente nunmehr für Mitte März in Aussicht gestellt, ob jedoch wenigstens letzterer Zeitpunkt endlich innegehalten werden wird, erscheint selbst jetzt noch fraglich. Offenbar begegnet die Handwerker-Vorlage nach wie vor besonderen Schwierigkeiten im Bundesrathe, und genau dasselbe gilt von der Reform der Militärstrafprozeßordnung, es bleibt also die Einbringung beider bedeutungsvoller Vorlagen im Reichstage durchaus abzuwarten. Ferner harret letztere jedoch auch noch des ungearbeiteten Auswanderungsgesetzes und der Novellen zur Seemannsordnung und zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, welche Beratungsstoffe ebenfalls schon längere Wochen im Bundesrathe ruhen. Sollten auch die genannten 5 letzteren Vorlagen sämmtlich noch im Reichstage eingebracht werden, so wäre erneut eine bedenkliche Ueberlastung der schon weit vorgeschrittenen Session vorhanden und es müßte dann schon jetzt mit der bedauerlichen Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß abermals ein Theil des Arbeitsprogramms des Reichstages nicht zur Erledigung gelangt.

### Tagesgeschichte.

Wie schon gemeldet, wird Sr. königliche Hoheit der Prinzregent von Bayern an der Centenarfeier für Kaiser Wilhelm I. in Berlin persönlich theilnehmen. Die „Münch. Allgem. Ztg.“ schreibt aus diesem Anlasse: „Sr. königliche Hoheit der Prinzregent wird sich, einer sehr herzlich gehaltenen Einladung Sr. Majestät des deutschen Kaisers folgend, zu dem aus Anlaß des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. am 22. März stattfindenden Festlichkeitsnach Berlin begeben. Ueber die Abreise und den Aufenthalt in Berlin sind noch nähere Bestimmungen zu erwarten. Diese Nachricht wird im ganzen Deutschen Reich große Freude hervorrufen. Wie bei der feierlichen Eröffnung des Reichstages im Jahre 1888 werden sich auch am 22. März die deutschen Fürsten in Berlin versammeln um so dem deutschen Volke ein glänzendes Beispiel und erhebendes Bild der deutschen Einheit zu geben.“

Deutscher Reichstag, 22. Februar. Etat des auswärtigen Amtes. Prinz Abrenberg berührte in seinem Referate die Frage der griechischen Staatspapiere. Man habe in der Commission die Ansicht vertreten, das Auswärtige Amt müsse Griechenland anhalten, in der Bezahlung seiner Schulden so ehrlich sein zu wollen, als es vermöge. (Heiterkeit). Abg. D. Hoffe (nat.-lib.) bemerkt, die Zurückhaltung, die der Deutsche Reichstag in den Fragen der auswärtigen Politik bewahre, würde doch nicht so weit gehen, daß von den Angelegenheiten die heute das ganze deutsche Volk bewegen, der Reichstag keine Notiz nehme. Redner erinnert daran, daß der deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta“ nach Kreta gesandt ist, und sagt, er hoffe daß der Staatssekretär v. Marschall über den Stand der Dinge Mittheilungen mache. Unsere Interessen in der kretensischen Frage liegen in erster Linie in der Erhaltung des europäischen Friedens. Wenn eine Verschärfung der allgemeinen Lage erfolgt, so werde hoffentlich auch den deutschen großmännlichen Interessen Rechnung getragen werden. Redner

kommt sodann auf eine Reihe einzelner Fragen zu sprechen. Es sei wünschenswert, eine weitere Unterstützung der deutschen Schulen im Auslande, ferner eine Regelung des Militärdienstes unserer Kolonien. Redner bringt sodann Wünsche bezüglich unserer auswärtigen Handelsbeziehungen vor. Redner schließt, ein europäischer Zollverein sei zu erstreben. Staatssekretär v. Marschall: Auf die Anfrage des Herrn Vorredners bezüglich der kretensischen Frage bemerke ich: S. M. S. „Kaiserin Augusta“ ist vorgestern vor Kanea eingetroffen und hat sofort 50 Mann in der Stadt gelandet. Nachdem ist das Schiff in Aktion getreten. Auf Grund von Vereinbarungen der kommandirenden Offiziere haben russische, österreichisch-ungarische, englische Schiffe und auch unser Schiff geschossen auf eine kretensische Insurgentenschaar, die unter griechischer Flagge von Ofen her gegen Kanea in feindseliger Weise vorrückte. Die Insurgentenschaar wurde durch die Schüsse vertrieben. So begreiflich ich auch die Wünsche des Hauses finde, Näheres über den Stand der Dinge zu erfahren, so muß ich doch in diesem Augenblicke darauf verzichten, über den Stand dieser Frage eingehende Mittheilungen zu machen. Was ich sagen kann: Die Linie der deutschen Politik ist auch hier klar vorgezeichnet, entschlossen eintretend zur Erhaltung des Friedens. Deutschland hat im Orient keinerlei Interessen zu verfolgen. (Sehr richtig!) Um so fester und rückhaltloser können wir uns der großen Aufgabe widmen, nach unseren Kräften beizutragen zur Erhaltung des Friedens. Das Werk der Pacificirung, das die Mächte mit allem Ernst unternommen haben, ist gestört und unterbrochen durch das völkerrechtswidrige Vorgehen Griechenlands. (Sehr richtig!) Aus den Berichten, die mir vorliegen, erhellt, daß die Landung regulärer griechischer Truppen, weit entfernt, die Insel zu beruhigen, im Gegentheil eine in jedem Augenblicke wachsende Anarchie daselbst herbeigeführt hat. Die Fortdauer dieses Zustandes enthält an sich und in seiner Rückwirkung auf andere Völker eine schwere Gefährdung des Friedens. Diese Gefährdung des Friedens müßte mit entsprechendem wirkungsvollen Mitteln beseitigt werden. Dies erscheint als die nächste Aufgabe und damit wird gleichzeitig Raum verschafft bis zu einer definitiven, dauernden Ordnung der Dinge auf Kreta, zu einer Befriedigung der berechtigten Forderungen der christlichen Bevölkerung, die sehr wohl möglich ist, ohne die Integrität des ottomanischen Reiches anzulasten. Ueber die Mittel, die zu ergreifen sind, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, schweben bereits Unterhandlungen unter den Mächten, über die ich, wie gesagt in diesem Augenblicke nicht sprechen möchte. Ich bin aber vom Reichskanzler ermächtigt, zu erklären, daß der Herr Reichskanzler, sobald die Zeit gekommen sein wird, über alles, was von Seiten Deutschlands unternommen worden ist, dem Hause nähere Aufschlüsse zu gewähren. Man appellirte in jüngster Zeit sehr häufig, und nicht ohne Erfolg, an die christliche Humanität. Ich meine angesichts dieser Thatfache ist der Hinweis wichtig, daß wir der Forderung einer richtig verstandenen Humanität am sichersten und im weitesten Umfange gerecht werden, wenn wir alle Kräfte einsetzen, um der Gefahr eines Krieges vorzubeugen, der nach menschlicher Voraussicht namenloses Elend über weite Länderstrecken bringen werde.